

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 M. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Hilfs-Rundrat)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 M., Familienamt, 15 M.  
Vereinsamt, 10 M., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4720.

Nr. 19/20.

Berlin, Sonnabend, 6. März 1915.

Siebentundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Die gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweisfrage. — Der englische Ausnahmegesetzplan und die Arbeiter. — Ein Lob der deutschen Arbeiter. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands- und Literatur-Verzeichnis.

### Die gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweisfrage.

Die Sozialpolitik darf auch im Kriege nicht zum Stillstand kommen. Die Gesetzgebung wird sich freilich darauf beschränken müssen, das Allerwichtigste zu regeln, da die Gesetzgebungsmaschine, das Parlament, in Kriegszeit für solche Dinge nicht so arbeitsfähig ist. Wie aber die dringendsten Verwaltungsgehalte im Parlament ihre Erledigung finden und finden müssen, so müssen auch notwendige sozialpolitische Gesetze ausgebaut und geregelt werden, wenn für das gesamte Wirtschaftsleben eine zwingende Notwendigkeit vorliegt. Eine solche äußerst wichtige Frage ist die der gesetzlichen Regelung der Arbeitsnachweisfrage.

Der Verband der Deutschen Gewerkevereine hat die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung der Arbeitsnachweisfrage seit langer Zeit erkannt. Wiederholt haben Verbandstage dazu Stellung genommen. Erst der letzte Verbandstag hat nach einem Referat des Kollegen M. Schumacher, des besten Kenners dieser Materie, wichtige und für die Stellung unserer Organisation bindende Beschlüsse gefasst. Die gesetzliche Regelung, die unferneits ständig angestrebt und auch von anderen Seiten gefordert wurde, ist bisher nicht erfolgt. Das lag sicherlich mit an den Schwierigkeiten, die sich einer gesetzlichen Regelung entgegenstellten. Die Schwierigkeiten bestehen zweifellos auch jetzt noch. Das Zwingende und Dringende für eine Beseitigung der Mißstände auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung ist aber so stark geworden, daß der Gesetzgeber jetzt im Interesse des Volkswirtschaft großen Schaden erleiden.

Noch zu keiner Zeit haben sich die Mißstände auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung so deutlich gezeigt wie zu Beginn des Krieges. Das Fehlen von geeigneten Arbeitskräften auf der einen und der Überfluß auf der anderen Seite bewirkte in der Arbeitsvermittlung in den ersten Kriegsmontaten ein unübersehbares Neben- und Durcheinander. Die nach langen Verhandlungen erfolgte Gründung einer Reichszentrale brachte zwar eine Besserung, aber keineswegs eine Beseitigung der Mißstände. Diese traten namentlich deutlich zu Tage in den Städten, die eine geregelte Arbeitslosenfürsorge im Interesse des Gemeinwohls einrichteten. Ganz zu schweigen davon, daß eine geregelte und einwandfreie Statistik nicht möglich war.

War zu dieser Zeit eine geordnete Arbeitsvermittlung schon nicht möglich, so wird die Situation nach dem Kriege sich noch viel schwieriger gestalten, wenn nicht jetzt schon eine gesetzliche Reform erfolgt. Denn nach Beendigung des Krieges werden Hunderttausende von Arbeitern aus dem Militärverhältnis zu den Arbeitsstätten zurückströmen und Beschäftigung fordern. Dann werden die großen Anträge für die Kriegszwecke erledigt sein, und es wird neben dem Andrang der aus dem Felde Zurückkehrenden auch noch eine Umgruppierung derjenigen Arbeiter erfolgen, die heute ihrem darniederliegenden Berufe nicht mehr nachgehen, sondern in einem andern gut lohnendem Berufsweige ihre Arbeitskraft demerten. Gewerbe und Industrie werden sich zu gleicher

Zeit den veränderten Zeitverhältnissen anpassen haben. Angesichts der Zersplitterung der Arbeitsvermittlung können diese Verhältnisse sehr leicht zum Schaden der Arbeitslosen ausgenutzt werden und unser gesamtes Wirtschaftsleben stark erschüttern. Deshalb muß schon jetzt eine gründliche Reform der Arbeitsvermittlung durch die Gesetzgebung erfolgen.

Das infolge des Krieges und der Einmütigkeit des deutschen Volkes herbeigeführte friedliche Zusammenarbeiten der verschiedenen Richtungen der Organisationen der Arbeiterbewegung hat ein gemeinsames Vorgehen der freien Gewerkschaften, christlichen Gewerkschaften, Deutschen Gewerkevereine und der Polnischen Berufsorganisationen ermöglicht gemacht. Am 10. Februar d. J. fand bereits auf Einladung der Generalkommission der Gewerkschaften eine allgemeine Konferenz, statt, zu der die freien Gewerkschaften die Vorstände der einzelnen Berufsverbände hinzugezogen hatten und die anderen Zentralverbände durch Mitglieder der Hauptvorstände vertreten waren. Es waren ferner bei dieser ersten Konferenz zugegen Vertreter der Gesellschaft für Soziale Reform, des Verbandes der Deutschen Arbeitsnachweise, des Deutschen Städtetages, der Zentralstelle für Volkswohlfahrt usw. Das Reichsamt des Innern und das Kaiserliche Statistische Amt waren gleichfalls vertreten.

Für die Tagung lagen Leitsätze als verbindliche Vorschläge als Grundlage für die Aussprache vor. Sie wurden in einem längeren Referat durch den Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt begründet. Der längere Vortrag gipfelte in der Forderung neutraler, vollleistungsfähiger, zentralisierter Arbeitsvermittlung durch eine zweckföhrernde gesetzliche Reform. An diesen Vortrag schloß sich eine längere Diskussion, in welcher die Vertreter der außerhalb der freien Gewerkschaften stehenden Körperchaften ihre Mitarbeit in Aussicht stellten. Eine Festlegung auf die Einzelheiten der Leitsätze war natürlich nicht möglich, da dieselben erst in den Körperchaften selbst durchberaten werden mußten. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Legien wurde beschloffen, die Beratung der Leitsätze in einer Kommission vorzunehmen, zu der die vier Gewerkschaftsrichtungen je drei, die Gesellschaft für Soziale Reform gleichfalls drei stimmberechtigte Vertreter entsenden sollen. Die weiteren Körperchaften sollten zu beratender Teilnahme eingeladen werden. Die erste Sitzung dokumentierte den festen Willen, Reformen anzustreben, die die Arbeitsnachweise zu Einrichtungen machen, die nur der Arbeitsvermittlung selbst dienen sollen, einzig und allein im Interesse unserer Volkswirtschaft.

(Schluß folgt.)

### Der englische Ausnahmegesetzplan und die Arbeiter.

Mit diesem Thema beschäftigte sich am 25. Februar eine große Gewerkevereinsversammlung im Berliner Verbandsbau, in der die Kollegen Hartmann und Reuenedt referierten. Die beiden Vorträge enthielten für die so notwendige weitere Behandlung der Frage überall im Deutschen Reich so fruchtbares Material, daß auf ihren Inhalt hier etwas ausführlicher eingegangen werden soll.

Kollege Hartmann führte aus, daß als nach der demütigen Reichstagsagung am 4. August der englische Vorkämpfer in Berlin seine Füsse verlangte und alsbald die Kriegserklärung erfolgte, das deutsche Volk genau wußte, daß die Verletzung der belagerten Neutralität für England

nur ein Vorwand zum Kriege war. Der wahre Grund lag in dem Aufstieg der Industrie und des Handels, in der scharfen Konkurrenz, die wir England auf dem Weltmarkt bieten. Daselbst fühlte sich dadurch in seiner Behäbigkeit und Ruhe gestört und suchte sich des lästigen Konkurrenten zu entledigen. Mit den Waffen in der Hand kam es uns aber nicht bezwingen, deshalb hat es den teuflischen Ausnahmegesetzplan erlassen, der im schroffsten Gegensatz zum Völkerrecht steht, wie sich England ja auch in anderer Hinsicht rücksichtslos darüber hinweggesetzt hat. Es bemüht sich also, die Einfuhr von Nahrungs- und Futtermitteln, aber auch von notwendigen Rohstoffen wie Wolle, Baumwolle, Petroleum usw. abzuschneiden. Das bedeutet den Kampf nicht nur gegen das deutsche Meer, sondern auch gegen wehrlose Frauen und Kinder. Dieser Ausnahmegesetzplan ist vorher zwischen England und Frankreich vereinbart worden, wie im Juni 1914 im französischen Senat und auch in der Zeitschrift „Figaro“ ausgedrückt wurde. Zur Durchführung seines Planes hat England die ganze Nordsee mit Minen verminert, diesen Meeresteil als Kriegsgebiet und die Schifffahrt darin als gefährlich und fast alle Waren als Konterbande erklärt. Dabei macht es keinen Unterschied zwischen der Nahrungsmittelzufuhr für das Meer und für die Zivilbevölkerung, sondern beschlagnahmt einfach alle Lebensmittel, die der deutschen oder österreich-ungarischen Bevölkerung dienen können.

Was kann nun Deutschland gegen dieses barbarische, den Grundgesetzen des Völkerrechts hohnsprechende Vorgehen tun? Militärisch ist es Vergeßung durch seine Flotte, insbesondere durch die Unterseeboote, wirtschaftlich durch Maßhaltung und Einschränkung bei der Nahrungsmittelverwendung. Die Vernichtung englischer Schiffe durch unsere Flotte kann unsern Feinden verhängnisvoll werden, da die eigene Ernte Englands nur für etwa ein Fünftel seiner Bevölkerung ausreicht. Wir dagegen werden auskommen, wenn jeder einzelne dabei mithilft. Das ist allerdings unumgänglich notwendig, da wir in diesem Jahre mit einer Verminderung des Erntertrages wegen der Verwüstung Ostpreußens rechnen müssen. Ersatz dafür schaffen können wir freilich durch Ausnützung alles verfügbaren Bodens für Kartoffel- und Gemüsebau. Trotz allem muß sich aber wie gesagt jeder einzelne dem Wohl der Gesamtheit unterordnen und recht haushälterisch mit den Nahrungsmitteln umgehen. Und dabei darf nicht der Grundjah moßgebend sein, daß ein Landwirt oder ein Händler viel verdient, sondern einzig und allein, daß wir alle zu leben haben. Große Gefahren beschwört dabei die Mahnung zu Massen-einkäufen herauf. Die Arbeiterchaft hat zum größten Teil nicht genügend Mittel dazu. Je mehr aber die Bemittelten kaufen, um so höher werden die Preise. Außerdem fehlt es den Arbeitern in den großen Städten auch an geeigneten Aufbewahrungsräumen für Dauerwaren.

Erfreulich ist deshalb das energische Einschreiten der Behörden, wenn es auch leider oft zu spät und nicht immer in zweckmäßiger Weise erfolgte. Die Festlegung von Höchstpreisen hat nicht verhindern können, daß für die wichtigsten Lebensmittel geradezu Wunderpreise gefordert werden und daß sich gewisse Elemente durch Zurückhalten mit den Vorräten an der Gesamtheit der Bevölkerung zu bereichern versuchen; nicht einmal die Verfütterung von menschlichen Nahrungsmitteln hat aufgehört. Deshalb waren notwendige und zweckmäßige Maßnahmen des Kriegserlasses vom 25. Januar, die Beschlagnahme von Getreide und Mehl und die Brotverteilung. Man hätte aber

nach einen Schritt weiter gehen und auch, trotz der damit verbundenen Schwierigkeiten, die Startstoffvorräte beschlagnahmen sollen.

In der Hand eines reichen Zahlenmaterials wies der Redner sodann nach, wieviel Lebensmittel Deutschland bisher selbst erzeugt und wieviel es aus dem Ausland eingeführt hat. Daraus geht hervor, daß wir bei vernünftiger Lebenshaltung durchhalten können, wenn jede Ausfuhr verboten wird, insbesondere auch die des wichtigsten Nahrungsmittels Zucker, der namentlich in großen Mengen nach England ging. Die deutschen Arbeiter werden ihre Schuldigkeit tun, so sehr sie auch Veranlassung haben, hier und da den Hebel der Kritik anzusetzen. Dazu halten sie aber die jetzige Zeit nicht für geeignet; das wird ausgiebig nach dem Kriege geschehen. Jetzt würden sie damit nur den Schein der inneren Berrissenheit des deutschen Volkes trocken, worauf unsere Feinde so begierig lauern. Die deutsche Arbeiterschaft, gleichviel wie sie politisch oder gewerkschaftlich denkt, ist sich ihrer nationalen Pflichten jetzt bewußt; sie wird eine „Seimarmee“ bilden, die an Entschlossenheit und festem Willen nicht hinter unsern tapferen Seeren vor dem Feinde zurückstehen will. Sie ertragen die größten Entbehrungen und Strapazen freudig für das Vaterland; dagegen sind die Opfer, die von uns verlangt werden, nur Kleinigkeiten. Was haben wir außer der Leuerung von den Schrecknissen des Krieges selbst denn bisher gespürt? Was wäre geworden, wenn der Krieg innerhalb der Grenzen unseres Vaterlandes ausgefochten werden müßte? Von unübersehbarem Unglück sind wir durch die Tapferkeit unserer unbegreiflichen Seere und ihrer vortrefflichen Führer bewahrt worden. Da ist es Ehrenpflicht, auch unsererseits zum Erfolge mit beizutragen, indem wir mit unseren Vorräten sparsam wirtschaften. Andernfalls machen wir durch unnützes Verbalten die herrlichen Waffentaten unserer kämpfenden Brüder zu nichts. Nicht der Hunger darf uns zum Frieden zwingen, sondern die Not muß unseren Feinden an eigenen Leibe klarmachen, wie verrückt und barbarisch ihr Ausbungerungsplan war, den sie aber glücklicherweise nicht verwirklichen können, wenn Deutschlands Bevölkerung die nötige Einsicht besitzt. Die wird aber vorhanden sein bei dem Gedanken, daß Durchhalten unter allen Umständen jetzt unsere Aufgabe ist.

(Schluß folgt.)

### Ein Lob der deutschen Arbeiter.

In diesem schweren Kriege muß jeder Deutsche an seinem Blute seine Pflicht tun, und er tut sie auch, gleichviel ob er draußen vor dem Feinde steht, oder zu Hause sein Teil mit dazu beiträgt, daß der Kampf bis zum siegreichen Ende durchgeführt werden kann. Auch die deutsche Arbeiterschaft hat die ihr obliegenden Pflichten im vollen Bewußtsein ihrer nationalen Aufgaben glänzend erfüllt. Wenn es dafür noch eines besonderen Beweises bedürfte, so ist er im preussischen Abgeordnetenhaus bei der Beratung des Handels- und Gewerbe-Etats glänzend geführt worden. Nachdem der Berichterstatter Oeser schon auf die treue Pflichterfüllung aller Beteiligten — der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter — zur Aufrechterhaltung der Produktion hingewiesen hatte, erklärte der Redner der konservativen Partei v. Cassell seine volle Zustimmung zu jenen Ausführungen, namentlich auch zu den lobenden Worten, die er für die Betätigung der Industrie und des Handels während des Krieges gefunden hat. Und an einer anderen Stelle seiner Rede sagte er ausdrücklich, daß das gependete Lob auch dem deutschen Arbeiter gebühre, der seine Pflicht im Kriege vollstän- dig getan habe. Selbst der nicht im Kriege großer Arbeiterfreundschaft stehende nationalliberale Abg. Dr. Beumer rühmte die Tugenden, die bei dem ganzen Volke, bei den Arbeitern ebenso wie bei den Arbeitgebern, „sich so herrlich bewährt haben“. Der Zentrumredner Giesberts wies auf die Anerkennung hin, die in einer Konferenz von Vertretern des Kriegsministeriums und der Handelskammern die Organisationen der Arbeiter gefunden haben.

Bei dieser Gelegenheit hat auch der Vertreter des Kriegsministeriums, ähnlich wie der Handelsminister, in der Kommission ausdrücklich seine Genugtuung ausgesprochen über die Mitwirkung der gewerkschaftlichen Arbeiter-Organisationen während des Krieges zur Überwindung der Schwierigkeiten, die auf dem Arbeitsmarkt und in den Arbeitsverhältnissen entstanden sind.

Der Krieg wird so überhaupt die Bedeutung der beruflichen Organisationen, die Bedeutung der Fachverbände in erheblichem Maße steigern, und wenn Herr Dr. Beumer mit Recht den Wunsch ausspricht, daß in Zukunft die Behörden mit

den Fachverbänden der Industrie einheitlicher und immer zusammenarbeiten möchten, so kann ich den gleichen Wunsch auch bezüglich der Arbeiterorganisationen aussprechen. Auch hier hat der Krieg ganz neue Wege gezeigt und Vorurteile gegen die Arbeiterbewegung überwunden. Zwischen den Behörden, besonders dem Kriegsministerium und den gewerkschaftlichen Organisationen aller Richtungen, haben über Arbeitsschwierigkeiten Verhandlungen stattgefunden, die stets zu einem guten Resultat und stets zu einer Verständigung auf einer vernünftigen Basis geführt haben. Mögen diese guten Erfahrungen auch für die Friedenszeit anhalten!

Aus der Rede des fortschrittlichen Abg. Rosenow seien folgende Stellen hervorgehoben:

„Meine Herren, bei Beginn des Krieges gab es auch im Kreise der Kaufleute und Industriellen Hofflosigkeit. Man glaubte, es müsse alles stille stehen, und in der Tat fanden die Werftstätten still; aber nur einen Augenblick. Denn bald trat jene Energie ein, von der auch heute schon gesprochen worden ist: die Ueberlegung, was nun zu tun sei bei den Exporteuren, denen der Auslandsandel abgebrochen war, bei den Industriern, die im Inlande nicht genügend Absatz finden konnten, und es zeigte sich sehr bald, daß in einer noch nie beobachteten Art eine Anpassungsfähigkeit vorhanden war beim deutschen Handel, bei der deutschen Industrie und, wie ich hinzusetze, auch bei der deutschen Arbeiterschaft, die alle Schwierigkeiten überwandten hat.“

Meine Herren, die Industrie ist besonders deswegen zu loben, weil es für wirklich nicht leicht geworden ist, diese Leistung zu vollbringen. Mit der einsetzenden Beschäftigung der Industrie ist die Steigerung der Löhne für die Arbeiter Hand in Hand gegangen, eine Steigerung, die zeitweise so groß war, daß die Industrie die Löhne nicht mehr zahlen zu können glaubte. Das heißt nicht etwa, daß der Arbeiter nun einen unmäßig hohen Lohn eingeheimst habe, denn indessen war ja die ungeheure Steigerung der Lebensmittel-Preise eingetreten. Immerhin wird es nach einem, wie wir hoffen, vollen Siege in der darauf folgenden Friedenszeit ein Problem sein, einen Ausgleich zwischen den Löhnen, die augenblicklich gezahlt werden, und denen, die die Industrie gewöhnlich zahlt, zu finden; denn die augenblicklichen Löhne werden dann nicht mehr zu erweisen sein.

Andererseits muß noch einmal betont werden, daß die Arbeiterschaft sich in der jetzigen Zeit so großartig bewährt hat, daß man ihr auch nach Wegfall der Lebensmittelverteuerung etwas höhere Löhne gönnen kann. Die Arbeiterschaft hat vom ersten Tage an mit der Industrie und dem Handel zusammengearbeitet: alle zusammen haben an dem gleichen großen nationalen Ziele gearbeitet, die Volkswirtschaft zum Wohle des Vaterlandes, zum Siege über unsere Feinde aufrecht zu erhalten. Das soll der Arbeiterschaft auch nach dem Kriege nicht veressen werden.“

Und der Handelsminister Dr. Sydow erklärte:

„Ich erkenne auch von dieser Stelle gern an, daß bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen nützlich mitgewirkt haben, daß sie in dankenswerter Weise zur Beschaffung von Arbeit für ihre Mitglieder beigetragen, aber auch für Unterstützung von zeitweilig Arbeitslosen und für Unterstützung der Familien der ins Feld gegangenen Arbeiter erhebliche Mittel aufgewendet haben.“

Die Ministerrede klang aus in die Worte:

„Es ist mir eine Genugtuung, festzustellen, daß in der Reihe der Gewerkschaften neben der Landwirtschaft der Handel und das Gewerbe, die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer in gleichem Maße, beigetragen haben, um Deutschland durch den schweren, ihm ausgesetzten wirtschaftlichen Kampf hindurchzuführen zum glücklichen Ziel.“

Der sozialdemokratische Abg. Hue beschäftigte sich in seiner Rede besonders mit den Organisationen der Arbeiter. Er führte u. a. aus:

„Es ist schon vorhin von den Gewerkschaften, den Arbeiterorganisationen manches gute Wort gesagt worden, das — so erwartete ich — auch seine guten Früchte in voller Konsequenz des Gesagten tragen wird. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, meine Herren, daß die Gewerkschaften ohne Unterschied der Richtungen sich mit ihrem ganzen Organisationsapparat vollständig in den Dienst der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenfürsorge gestellt haben.“

Meine Herren, wenn man die materiellen Opfer betrachtet, die während dieses Krieges gebracht sind, so kann nicht geleugnet werden, daß die Organisationen der Arbeiter, die an manchen Stellen auch heute noch nicht die gebührende Anerkennung gefunden haben, sich in hervorragendem Maße opferwillig gezeigt haben. Ob ihre gemeinnützige Tätigkeit vollständig und mit allen Konsequenzen anerkannt wird, das wird ja hoffentlich eine nahe Zukunft, nämlich die Zeit nach der hoffentlich raschen Beendigung dieses Weltkrieges zeigen.“

Meine Herren, es ist schon gesagt worden, daß die Arbeiter die harten Gebote dieser Zeit würdigen. Sie

haben bewiesen, daß sie sie verstehen, und es ist der dringende Wunsch aller derjenigen, denen das Wohl unseres Vaterlandes wirklich am Herzen liegt, daß diese Opferwilligkeit der Arbeiterschaft nicht nur durch Worte, sondern auch durch entsprechende Taten im weitesten Umfange anerkannt wird. Diese Anerkennung würde eine schöne Stimmung nicht nur in unserer Bevölkerung, sondern auch draußen, wo unsere Kollagenossen in den Schützengräben liegen, auslösen; sie würde eine Stimmung auslösen, die unseren Feinden vollends unmöglich machen würde, uns zu überwinden. Meine Herren, um mindestens eine Mitstimmung in der beregten Richtung zu verhindern, muß alles vermieden werden, was auch nur im entferntesten den Eindruck erwecken könnte, daß die Arbeiter staatsbürgerlich minderwertig seien. Die anerkennenden Worte, die der Herr Handelsminister und auch verschiedene andere Herren Redner in der Kommission und hier im Plenum gesprochen haben, werden von der arbeitenden Bevölkerung als erfreulich empfunden werden. Ich möchte einen Ausspruch, den der Herr Handelsminister in der Kommission getan hat, anführen, daß nämlich ein gutes Wort, ein vertrauenswürdiges Wort weit besser wirkt als ein Zwangsmittel. Diejenigen Unternehmern, an die ich diese Mahnung gerichtet wissen möchte, werden, auch ohne daß ich sie besonders bezeichne, mich verstehen. Wenn sie nur danach handeln wollten!“

Wir nehmen von dieser Anerkennung der Arbeiter und ihrer Organisationen mit umso größerer Genugtuung Notiz, als sie gerade im preussischen Abgeordnetenhaus zum Ausdruck gelangt ist. Hoffentlich bleibt sie auch nach dem Kriege bestehen und erfüllen sich damit die mehrfach in der Debatte geäußerten Wünsche auf größeres Entgegenkommen gegenüber den Bestrebungen der Arbeiterschaft!

## Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 5. März 1915.

Auf eine fünfundsiebenzigjährige Tätigkeit im Dienste der Deutschen Gewerksvereine kann am 10. März unser Verbandsvorsitzender, Kollege Goldschmidt, zurückblicken. Im Jahre 1890 wurde er zum Verbandsredakteur als Nachfolger Hugo Kolts gewählt und bekleidete diesen Posten bis zum Jahre 1907. Der damalige Verbandstag hielt infolge des Ablebens unseres unbegreiflichen Anwalts Dr. Max Sirch eine Neuregelung der Verbandsleitung für notwendig und schuf das Amt eines Verbandsvorsitzenden, mit dem der Kollege Goldschmidt betraut wurde. Schon darin lag eine hohe Anerkennung für dessen Tätigkeit, die er unermüdet in Wort und Schrift für die Sache der Deutschen Gewerksvereine ausübte.

Der aus eigener Erfahrung weiß, was es heißt, für eine von allen Seiten heftig bekämpfte Organisation öffentlich zu wirken, der vermag erst zu beurteilen, welche Arbeit in 25 Jahren rastloser Tätigkeit geleistet werden muß. Deshalb spricht bei dieser Gelegenheit die Gesamtsorganisation dem Jubilar Dank und Anerkennung aus für sein feines mannhaftes Eintreten für die Ziele der freiheitlich-nationalen gesamtdeutschen Arbeiterschaft Deutschlands. Und dieser Dank ist umso herrlicher, als Kollege Goldschmidt nicht nur als Verbandsbeamter, sondern auch viele Jahre als Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses und der Berliner Stadtverordnetenversammlung die Interessen der gesamtdeutschen Arbeiterschaft wahr genommen hat.

Weider haben ungünstige Gesundheitsverhältnisse im letzten Jahre den Kollegen Goldschmidt eine Beschränkung in seiner Tätigkeit auferlegt. Wir wissen uns deshalb mit allen Verbandskollegen einig in dem Wunsche, daß unser Vorsitzender recht bald völlig wiederhergestellt sein möge, damit er mit der früheren Tatkraft seines ebenso ehrenvollen wie verantwortungsvollen Amtes walten kann. Das äußere Zeichen der Dankbarkeit, das dem Kollegen Goldschmidt an seinem Ehrentage von der Verbandsleitung überreicht werden wird, möge ihm ein Beweis sein für die Treue und Anhänglichkeit, welche ihm die Deutschen Gewerksvereine auch in dieser schweren Zeit bewahren.

Vertreter der Bergarbeiterorganisationen beim Handelsminister. Die vier Organisationen der Bergarbeiter hatten vor kurzem eine Eingabe an den Minister gerichtet, in welcher um Errichtung



eines Einigungsamtes für den Bergbau werden wurde. Infolge derselben fand im Anschluß an die Beratungen des Vergetats im Abgeordnetenhaus und der damit verbundenen Erörterungen von Bergarbeiterfragen eine Konferenz von Vertretern der vier Organisationen der Bergarbeiter mit dem Minister für Handel und Gewerbe statt. In derselben wurde die Lage im Bergbau während des Krieges und alle damit zusammenhängenden Fragen ausgiebig besprochen. Insbesondere wurde auch die Frage der Errichtung eines Einigungsamtes eingehend erörtert. Bezüglich desselben will der Handelsminister auch die Arbeitgeber im Bergbau noch hören.

Im übrigen trugen die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen dem Minister die einzelnen Wünsche und Beschwerden der Bergarbeiter, namentlich hinsichtlich der Lohnfrage, des Uebererschweizens, und der Beschäftigung von Kriegsgenossen unter Tage vor. Der Handelsminister jagte eingehende Prüfung der Beschwerden und trübsüchtige Berücksichtigung der Wünsche zu.

**Eine Audienz von Gewerkschaftsvertretern beim Reichskanzler.** In den letzten Wochen fanden mehrere Konferenzen statt zwischen Vertretern der freien, christlichen, kirchlich-underrömisches und polnischen Gewerkschaften über die Frage der reichsrechtlichen Regelung des Arbeitsnachweises. Man einigte sich nach längeren Beratungen auf Leitätze, die dem Bundesrat und Reichstag in einer Petition unterbreitet werden sollen. Am 3. März fand in der Angelegenheit bei dem Reichskanzler eine fünfviertelstündige Audienz statt, an der außer dem Reichskanzler, die Herren Unterstaatssekretär Bahrichasse und Ministerialdirektor Caspar sowie die Herren Leipart, Berlin (freie Gewerkschaften), Stegerwald-Eöln (christliche Gewerkschaften), Reuschert-Berlin (Deutsche Gewerkschaften) und Kymmer-Rattowis (Polnische Berufsvereinigungen) teilnahmen. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde zur Begründung ihrer Anregungen hervorgehoben, daß die jetzige Organisation der Arbeitsnachweise und die Handhabung der Arbeitsvermittlung während des Krieges nicht befriedigt habe, insbesondere nach Beendigung des Krieges die vorhandenen Mängel sehr zum Schaden der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer stark in die Erscheinung treten werden. Eine reichsrechtliche Regelung sei daher schon jetzt in Angriff zu nehmen oder, falls dieser Weg zurzeit nicht gangbar sei, sollten durch eine Bundesratsverordnung geeignete Vorkehrungen getroffen werden. Nach einer längeren Aussprache, in der auch die einer Regelung entgegenstehenden Schwierigkeiten erörtert wurden, erklärte der Reichskanzler, daß er sich der großen Bedeutung der Frage sowohl jetzt wie nach dem Kriege bewußt sei, deswegen werden die vorgebrachten Wünsche in wohlwollendster Weise von der Reichsregierung geprüft werden.

**Der Arbeitgeberverband und sämtliche Arbeiterorganisationen des deutschen Schneidergewerbes** haben an das Sächsische Kriegsministerium eine Eingabe gerichtet, in der dagegen Beschwerde erhoben wird, daß die königlichen Beschäftigungsämter auch jetzt während des Krieges noch Aufträge von Offizieren und Militärbeamten entgegennehmen und zu Präsenzen ausführen, welche unter dem Selbstkostenpreise der Beschäftigungsämter stehen. Hierdurch werden die Arbeitnehmer geschädigt, indem ihnen der tariflich festgesetzte Lohn verloren geht. Aber auch der Staat erleidet einen großen finanziellen Nachteil, weil er an jedem gelieferten Stück die ihm nicht vergüteten Herstellungskosten und einen Teil des Stoffpreises trägt und schließlich die Steuerkraft der Bürger, denen die ohnehin erschwerte Lebenshaltung große Opfer auferlegt, geschwächt wird. Deshalb wird im Interesse der in der Uniformbranche beschäftigten Arbeiter erjudt, die Beschäftigungsämter anzuschließen, fernerhin Aufträge von Offizieren und Beamten nicht mehr anzunehmen und keine Kleidungsstücke an diese abzugeben.

Hoffentlich wird diesem durchaus berechtigten Wünsche stattgegeben!

**Gleichberechtigung für alle Arbeiterorganisationen.** Zwischen den Militärausrüstungsfabrikanten Deutschlands und dem freien Verband der Sattler und Portefeuilier war kürzlich ein Reichstafis abgeschlossen worden, der vom 1. März d. J. bis zum 31. März 1918 Gültigkeit hat. Auf Einbruch des Verbandes christlicher Lederarbeiter und unseres Gewerksvereins der Lederarbeiter ist jetzt unter Mitwirkung des preussischen Kriegs-

ministeriums dem Tarif ein Nachtrag angehängt worden, nach dem die genannten beiden Organisationen in den Vertrag einbezogen werden.

Bezüglich der in dem Tarif vorgezeichneten Schlichtungskommissionen heißt es in dem Nachtrag, daß, wo der Zentralverband christlicher Lederarbeiter oder der Gewerksverein der Lederarbeiter oder beide zugleich in Betracht kommen, zu den Sitzungen der örtlichen Schlichtungskommissionen ein Vertreter dieser Organisationen mit beratender Stimme zuzuziehen ist.

Soweit sich die Schlichtungskommissionen mit Streitfällen beschäftigen, die die Mitglieder der oben vermerkten Organisationen besonders angehen, hat der Vertreter derselben in der Sitzung Sitz und Stimmrecht. Dabei scheidet einer der legalen Vertreter aus, bezw. hat nur beratende Stimme. In denjenigen Orten, wo die Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Lederarbeiter und des Gewerksvereins der Lederarbeiter zusammen, oder eine der beiden Organisationen ein Vertreter dieser Organisationen mit beratender Stimme zuzuziehen ist.

Soweit sich die Schlichtungskommissionen mit Streitfällen beschäftigen, die die Mitglieder der oben vermerkten Organisationen besonders angehen, hat der Vertreter derselben in der Sitzung Sitz und Stimmrecht. Dabei scheidet einer der legalen Vertreter aus, bezw. hat nur beratende Stimme. In denjenigen Orten, wo die Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Lederarbeiter und des Gewerksvereins der Lederarbeiter zusammen, oder eine der beiden Organisationen ein Vertreter dieser Organisationen mit beratender Stimme zuzuziehen ist.

So hat auch hier die Militärbehörde für ausreichende Gerechtigkeit gesorgt.

**Die Fürsorge für die Witwen und Waisen unserer Krieger** war vorige Woche im preussischen Verrentaufse Gegenstand einer gemeinsamen Aussprache verschiedenster großer wirtschaftlicher Verbände und Vereine. Den Vorsitz führten die Leiter der beiden einberufenden Verbände, Geheimrat Dr. Reher (Samm-Bund) und Reichstagsabgeordneter Dr. Rößke (Bund der Landwirte). Der Referent, Regierungsrat Prof. Dr. Leidig, wandte sich in seiner einleitenden Ansprache gegen die bisherige gesetzliche Regelung der Hinterbliebenenrenten, wonach die Bezüge für die Witwen und Waisen der Kriegsteilnehmer lediglich nach der letzten militärischen Stellung der im Kriege Gefallenen abgemessen werden. Demgegenüber soll nach dem Vorschlage der beiden einberufenden Verbände das Prinzip starrer Einheitsätze zugunsten abgestufter Renten ersetzt werden, die an das bürgerliche Arbeitseinkommen des Gefallenen anknüpfen.

Die Erörterung, an der sich Vertreter zahlreicher Verbände beteiligten und in der auch auf die großen finanziellen Kosten, die sich aus dem Vorschlage ergeben würden, hingewiesen wurde, führte doch zu einer grundsätzlichen Einmütigkeit der Versammlung.

Mit Nachdruck wurde hervorgehoben, daß die schnelle und ausreichende Versorgung der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer eine dringende Ehrenpflicht der Reichsregierung sei. Der von einigen Teilnehmern der Versammlung gegebenen Anregung, auch die Notwendigkeit einer erhöhten Fürsorge für die Kriegsinvaliden hervorzuheben, wurde einmütig beigestimmt.

Die Versammlung beauftragte ihren Vorstand, im Sinne dieser Erörterungen bei den Reichsbehörden vorstellig zu werden.

**Beschlagnahme und Verteilung der Kartoffelbestände** fordert zur Zeitigung der an manchen Orten bestehenden großen Kartoffelnot und der sich immer stärker bemerkbar machenden Missetimmung der minderbemittelten Bevölkerung namentlich der Kriegsausdich für Konsumenteninteressen in einer ausführenden Eingabe an den Reichskanzler. Er hält diese Maßnahme für die jetzt allein noch mögliche Lösung der Schwierigkeiten, die durch die Erhöhung unserer Höchstpreise für die Kartoffeln, infolgedessen auch für Kartoffelprodukte und dadurch der Brotpreise, andererseits auch wieder der Fleisch-, Fett- und Milchpreise entstanden sind. Gegenüber den mannigfachen Einwänden gegen die Beschlagnahme, die in gleicher Weise auch vor der staatlichen Besitzergreifung von den Brotgetreidebehörden laut wurden, weist die Eingabe darauf hin, daß die Vorräte nach der Enteignung sehr wohl in den Mieten und Lagern bleiben können, bis sie von den durch eine Kartoffelverteilungsstelle dazu bevollmächtigten Gemeinden unter Vermittlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften oder der Handelskassente zum

Transport durch die Kartoffelbesitzer bis zur nächsten Bahnstation und zur weiteren Beförderung und Verteilung an den gemeindlichen oder privaten Kartoffelverkauf abgerufen werden. Der Kriegsausdich will sogar von einer Einbeziehung der in Privathaushaltungen befindlichen Vorräte in die Beschlagnahme absehen wissen, da im Gegensatz zu den Verhältnissen beim Brotgetreide ein Mißbrauch dort ausgeschlossen erscheint. Ferner soll aus den gleichen Gründen von einer Zuteilung auf den Kopf der Bevölkerung abgesehen, dafür aber die strafrechtliche Bestimmung erlassen werden, wonach kein Haushalt von etwa 4 Köpfen mehr als einen Zentner künftig einlegen darf. Die durch eine Beschlagnahme der Kartoffeln vergrößerte Futtermittelnot der Landwirte will der Kriegsausdich in Kürze durch eine mit allen landwirtschaftlichen Organisationen gemeinsam einzureichende Eingabe um schnelle Einführung von Höchstpreisen für Futtermittel beheben.

**Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Januar** wird vom „Reichsarbeitsblatt“ folgendermaßen geschildert: Die erhöhte Beschäftigung, die in den Vormonaten für den gemeindlichen Arbeitsmarkt festzustellen war, hat sich auch im Januar im ganzen behauptet. Einzelne geringe Verschlechterungen des Beschäftigungsgrades wurden durch teilweise Steigerungen der Tätigkeit in anderen Industriezweigen ausgeglichen.

Nach den Berichten der einzelnen Unternehmungen und Verbände herrschte in den verschiedenen Gewieten des Kohlenbergbaues ebenso wie im Vormonat auch im Januar sehr lebhaft Nachfrage, die im Vergleichsmonat zum Teil noch stärker als im Vormonat war. Die Kohleenerzeugung nahm weiter zu. Verschiedene Zweige der Maschinenindustrie haben den Beschäftigungsgrad noch fernerhin verbessern können, hauptsächlich infolge weiterer Aufträge seitens der Heeresverwaltung. Im Spinnstoffgewerbe zeigte sich dagegen eine vorläufige Abschwächung der Tätigkeit. Die Lage des Paugewerbes war ungefähr die gleiche wie im Dezember; der Baumarkt liegt im ganzen still.

Die Nachweisungen der Frankenkassen ergeben für die in Beschäftigung stehenden Mitarbeiter eine geringfügige Abnahme der männlichen um 0,96 v. H. und eine Zunahme der weiblichen Beschäftigten um 0,78 v. H. Vom 1. Januar zum 1. Februar tritt regelmäßig ein Rückgang ein, der meist beide Geschlechter umfaßt.

Der im allgemeinen festgestellten günstigen Gestaltung der Beschäftigung entspricht eine fortschreitende Verringerung der Arbeitslosigkeit. Von den 1,22 Millionen Mitgliedern, über die 35 Forderverbände für den Januar berichten, waren 6,5 v. H. arbeitslos gegen 7,2 v. H. im Vormonat.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweisverbände hat sich der Arbeitsmarkt in Berlin-Brandenburg in dem günstigen Stande des Vormonats erhalten, während in Sachsen-Anhalt, in Hamburg und in Württemberg eine weitere Verbesserung der Arbeitsmarktlage eingetreten ist. Auch in Hannover und in den benachbarten Gebieten sowie in Baden haben sich die sehr günstigen Arbeitsmarktverhältnisse der Vormonate im großen und ganzen weiter entwickelt. Im Rheinland herrschte auch im Berichtsmonat allgemein starke Nachfrage nach Arbeitskräften. Ähnliches ist für Sessen und Sessen-Passau wie für Pommern zu berichten. Eine gewisse Verminderung der Tätigkeit der Arbeitsnachweise machte sich allein in Schlesien bemerkbar.

Der Verkehr der preussischen Staatsbahnenverwaltung hat sich im Monat Januar weiterhin gesteigert. Von den Einnahmen im Personenverkehr erreichte der Dezember 1914 78,12 v. H. der im entsprechenden Monat des Vorjahres festgestellten Einnahme, der Januar aber nicht unbedeutend mehr, nämlich 84,61 v. H. der im Vorjahr erzielten Einnahme. Im Güterverkehr betrug die Dezemberereinnahme 95,94 v. H. der Einnahme im Dezember 1913, während der Betrag der Einnahme des Januar 1915 92,23 v. H. der Einnahme des entsprechenden Monats des Vorjahres ausmachte. Hiernach würde gegenüber dem Dezemberergebnisse der Personenverkehr eine beträchtliche Verbesserung, der Güterverkehr eine leichte Abschwächung aufweisen. In Wirklichkeit hatte jedoch der Januar einen Sonntag mehr und einen Arbeitstag weniger als der Dezember des Vorjahres. Bei gleicher Zahl der Arbeitstage würde der Januar in beiden Verkehrsarten ungefähr das gleiche Verhältnis zum Vor-

jahre zeigen wie der verhältnismäßig sehr günstige Dezember. Die Einnahmen aus Militärtransporten waren hier abnormals nur in geringem Umfange — im Personenverkehr mit 628 v. S., im Güterverkehr mit 644 v. S. — beteiligt.

Nr 542. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 7. März, nachmittags 5 Uhr, ein Lichtbilder-vortrag in der Urania (Laubenstr.) mit dem Thema: „Auf den Schlachtfeldern in Ostpreußen“ statt. Ferner veranstaltet genannter Verein am gleichen Sonntag, abends 7 Uhr, seine 543. Volkserhaltung, einem vaterländischen Abend; Herr Professor Dr. Richard Kernfeld wird einen Vortrag über: „Richard Wagner und unser Krieg“ halten. Der Eintritt hierzu ist frei. Karten sind in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins zu haben.

Aus dem Verbands.

Duisburg. Am 21. Februar hielten wir eine gut besuchte Ortsverbandversammlung ab, in der Kollege Czesliff einen Vortrag hielt über die „Volkserhaltung, ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung unserer Feinde“. Nach einer Einleitung über die Entstehung des Krieges und die Gründe, die unsere Feinde dazu getrieben haben, schilderte der Redner die englischen Auswanderungspläne, die jeder modernen Kultur ins Gesicht schlagen und vom deutschen Volke bei vernünftigen Handeln und Beobachtung von zweckmäßiger Sparsamkeit zu schanden gemacht werden können und müssen. (Auf die nun folgenden interessanten sachlichen Ausführungen kann hier nicht näher eingegangen werden, da sie sich inhaltlich mit dem an anderer Stelle zum Abdruck gebrachten Ausführungen im Vortrage des Kollegen Sartmann decken. Die Red.) Der Redner schloß mit einer eindringlichen Mahnung, alles daran zu setzen, daß die englischen Pläne zum Scheitern gebracht werden, damit wir zu Hause nicht die glänzenden Bannentoten unserer kämpfenden Brüder illusorisch machen. Dem Redner wurde für seine wohlüberdachten Ausführungen lebhafter Beifall gezollt. Öffentlich finden seine gut gemeinten Mahnungen auch die gebührende Beachtung namentlich bei den Frauen. Dem Kollegen Czesliff auch an dieser Stelle besten Dank! Friedr. Heymann, Ortsverbandschriftführer.

Welle. Wenn es hier auch den Organisationen gelungen war, durchzusetzen, daß im November ein Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitslosenfürsorge geschaffen wurde, das mit den Unterstützungsstellen der übrigen Städte fast gleichen Schritt hielt, so war doch noch eine Lücke darin enthalten. Es wurden nämlich kleinere beständige Einnahmen und die Unterstützungen der Organisationen dabei angedeutet, d. h. in

voller Höhe in Abzug gebracht. Dagegen hatte sich eine Eingabe gewandt, die von allen kaufmännischen, technischen Verbänden, dem Zentralverband sowie den Arbeiterorganisationen unterzeichnet war. Leber die Eingabe wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 19. Februar verhandelt. Dagegen ein Magistratsmitglied damit begrüßt hatte, daß bei Annahme der gemachten Vorschläge die Unterstützungsfrage herabgesetzt werden müßte, stellte sich bei namentlicher Abstimmung die Stadtverordnetenversammlung mit 27 gegen 18 Stimmen auf den Boden der Eingabe. Kleinere Einnahmen bis 4 Mark pro Woche werden künftig nicht mehr in Anrechnung gebracht. Von der Arbeitslosen-, bezw. Stellenlosen-Unterstützung werden nur 50 Prozent in Anrechnung gebracht, sofern diese nicht die Summe von 4 Mark übersteigen.

Versammlungen.

Berlin. Distriktrat der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstraße 221/22. Nächste Zusammenkunft Mittwoch, 17. März abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Lewin über die hiesige hiesige Gewerkschaften-Liebertafel (G.-D.). Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr Liebertafel in der Verbandskammer d. Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste willkommen. — Sonnabend, d. 6. März 1915. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin I. Abends 8 1/2 Uhr, bei Frau, Bergstraße 69. Vortrag des Kol. Jordan über die Verwertung der Dehländeren zur Kartoffelkultur. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin VII. Greifswalderstr. 221/22. Tagesordnung: Mitteltilien. Bericht von d. Komb. Vorstandsführung. Sonntag, d. 7. März 1915. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Vormittag 10—12 Uhr. Jahrtag im Nordwest-Casino, Alt-Moabit 55. Montag, d. 8. März 1915. Frauen- und Mädchen Berlin II. Abends 8 Uhr im Verbands-haus, Weiße Saal. Vortrag von Frau Gerken-Geitel: „Die Lüge ich jetzt gut und billig? Gäste herzlich willkommen!“

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Duthops Gesellschaftshaus, Bremen, Neftenstraße. — Cottbus (Distriktrat). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Frau, Sandwerterstr. 42. — Dörfen. Gewerkschafts-Liebertafel jeden Mittwoch, abds. 8—11 Uhr Liebertafel. „Kaffee“, Marktstr. — Ebersfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden letzten Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggen-lauer, Ebersfeld, Kuttnerstr. und Erdgassestr. — Essen (Ortsverband). Jeden Sonnabend, abds. 8—10 Uhr, Distriktrat in der Verbandskammer, Strohparkstr. 58. — Frankfurt a. O. (Gewerkschaften-Liebertafel). Jeden Freitag von 8—10 Uhr Liebertafel im Vereinslokal Marktstr. 16. Verbandskollegen herzlich willkommen! — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 8—10 Uhr, Distriktrat im Bezirkslokal von G. Simon, Alter Markt. — Haren d. Rhenen. Jeden dritten Sonnabend in

Monat, abends 8 1/2 Uhr Distriktrat bei Subwias — Hamburg (Ortsverband). Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr Ortsverband-Vertreter-Sitzung bei Kose, Dönerstr. — Hamburg (Regionalverband). Jeden Montag von 9 bis 11 1/2 Uhr bei Gress, Lagerstraße 2. — Hamburg (Gewerkschafts-Liebertafel). Jeden Donnerstags Liebertafel bei Thöner in Altona, Elmshütterstraße 48—50. — Herten (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Wm. Wilh. Rube, Bahnhofstr. gegenüber der evang. Kirche. — Iserlohn. Distriktrat jeden 3. Mittwoch im Monat abds. pünktlich 8 1/2 Uhr bei D. Hilpe, Mendenstr. 5. — Köln (Ortsverband). Jeden 2. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Vertreter-Sitzung in der Korymbol, Kreuzgasse. — Leipzig (Gewerkschafts-Liebertafel). Die Liebertafel finden jeden Mittwoch abends 9—11 Uhr im Vereinslokal Stadt Hannover, Seeburgerstr. 25. Gäste u. v. willkommen. — Wülstheim. Jeden ersten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 38. — Zettin (Sängerchor d. Gewerkschaften). Die Liebertafel finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Nebel, Poststraße 5. Gäste willkommen. — Zeitz (Distriktrat für Zeitz, Vorfiswalde u. Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8—10 Uhr bei Körner, Eichlerstraße 28, Ecke Schönebergerstraße. — Thurn (Wälder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicole, Maurerstr. 62. — Weidhaun, Distriktrat. Jeden Donnerstag, abends von 8—10 1/2 Uhr Distriktrat beim Kollegen Ohmel. — Weidenfeld a. S. (Gesangverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerkschaften). Liebertafel finden Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Rittergarten“. Gesanglieder-Gewerkschaften liegen stets willkommen. — Worms (Ortsverband). Gesangs-Abteilung der vereinigten Gewerkschaften (G.-D.) jeden Montag, abends 9 Uhr Singstunde im Verbandslokal „Harmonie“.

Literatur.

Mitunterstützungen und Einigungsämter in hiesigen Gemeinden aus Anlaß des Krieges behandelt auf Grund einer Umfrage der Zentralstelle für Wohnungsfürsorge im Königreich Sachsen vom 1. Januar 1915 der Geschäftsführer, Wohnungswesenmeister Dr. Ing. Krukowski in sehr lehrreichen Ausführungen. Die Denkschrift ist die erste über diese Fragen — ist besonders deshalb wertvoll, weil sie neben allgemeinen und grundsätzlichen Ausführungen über die Frage der Mitunterstützungen und Einigungsämter im Kriege die Eingeliegene der Umfrage in übersichtlicher Weise zusammenstellt; sie ist als Heft 5 der freien Beiträge zur Wohnungsfürsorge im Königreich Sachsen im Selbstverlage (Dresden-M., Schlegelstraße 24) erschienen, außerdem zum Preise von 1 Mk. in allen Buchhandlungen erhältlich und allen in den Kriegs- und Wohnungsausschüssen tätigen Kollegen warm zu empfehlen.

Briefkasten.

H. O. in Duisburg. Besten Dank für den sorgfältigen Bericht! Leider mußte derselbe aus dem in der Notiz „Duisburg“ angegebenen Grunde erheblich gekürzt werden.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Friedrich Kammann. Neudeutsche Wirtschaftspolitik 1. Band. 2. Auflage. Fortschritt (Verlag der „Zukunft“), G. m. b. H. Berlin-Schöneberg 1911. Das anschaulich und fesselnd geschriebene Buch behandelt in den 4 Hauptabschnitten 1. Das neue Wirtschaftswesen, 2. Die Materie in der Wirtschaft, 3. Der Währungsursprung, 4. Die Organisation der Arbeit, 5. Der Staat im Wirtschaftswesen. Das Buch ist in dauerhaftem Einband für Gewerkschaftsmitglieder zum Vorzugspreise von 3 Mk. einschließlich Porto vom Verbandsbureau zu beziehen. Bestellungen sind unter gleichzeitiger Einsendung des Betrags an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/22 zu richten. — Hohenseligen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen haben den Bescheid erhalten. — Freiburg i. Sch. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeheim (Berufsgeheim) in Höhe von 12 Mark, wenn sie ihren Berufsbescheid beim Ortsverbandskassierer Karl Rode, Große Steinstraße 10, S. IV.

Welle. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zum Helm“ freies Quartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen G. Hauptmann, Kohwener Straße 9. — Mühl a. D. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Greiner, Pfauengasse 17. — Hamm (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterstützung oder Nachlogis auf dem Bureau der Maschinenbau, Wilhelmstr. 16. — Breslau (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Kollegen wird ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer Berthold Lindner, Kantstr. 6. — Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. bei allen Ortsverbandskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer Ad. Reinetz, Margarethenplatz 18. — Halle a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ihr Ortsverbandsgeheim (Berufsgeheim) in Höhe von 12 Mark, wenn sie ihren Berufsbescheid beim Ortsverbandskassierer Karl Rode, Große Steinstraße 10, S. IV.

Wlogau (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten 75 Pf. Unterstützung beim Kollegen Unglaube, Preußische Straße 89. — Gera (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewerkschaftsmitglieder wird ausgezahlt bei Schreiber, Hofgasse 62. — Rathenow (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Ortsverbandsgeheim beim Kassierer Aug. Schuler, Semlinstr. 28. — Pirna (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterstützung beim Ortsverbandskassierer R. Rumbielge, Schiffstr. 19. — Bayreuth. Durchreisende erhalten im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei G. Gerbe, Wend. Graben 30. — Oberhausen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstützung im Bureau, Bellemeistr. 67. — Diefen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeheim von 75 Pf. bei ihrem Ortsverbandskassierer. — Wachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 12 Mark Reiseunterstützung in dem Arbeitersekretariat Wachen, Zülcherstr. 77.

Wobitz (Ortsverband). Durchreisende Arbeitslose erhalten Unterstützung bei Ludwig, Bangenerstraße 28, Seltenshaus 3. Etage. — Giegnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Paul Buttle, Georgenstraße 8. Bezirksrat ist Prinz von Preußen, Ologauerstraße. — Sprottau-Salan (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftler erhalten eine Unterstützung von 75 Pf. beim Verbandskassierer Kollegen F. Schiener in Sprottau, Ologauerstraße 10. Arbeitsnachweis ebenfalls. — Weillungen, Müttzig (Ortsverband). Als Ortsverbandsgeheim erhalten durchreisende Arbeitslose Kollegen 50 Pf. bei G. Saeppe, Biermannstraße, Hauptstr. 48. — Wessau. Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten eine Unterstützung bei A. Perholz, Klosterstr. 10. — Witz. Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pf. bei G. Franke, Bahnhofstr. 8, wochentags abends 6 1/2—9 1/2 Uhr. — Potsdam (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Ortsgeheim beim Kassierer ihres Ortsvereins.

Cottbus (Ortsverband). Unsere Herberge befindet sich im Hofhof zum preussischen Hof, Landstraße 19, in der Nähe des Hofhofs. Durchreisende Kollegen erhalten Herbergskosten bei dem Ortsverbandskassierer und für den Ortsverband bei Kollegen E. Schillerer, Euterstr. 4. — Bitterfeld (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgeheim von 75 Pf. bei dem Ortsverbandskassierer ihres Berufs; and Berufs nicht am Orte betriebl., beim Ortsverbandskassierer O. Eppendorf, Hallischestr. 27. — Leipzig (Ortsverband). An durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 75 Pf. gezahlt bei J. Berg, Bödenförderstr. 181. — Hofen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pf. Ortsunterstützung; zu erhalten ist derselbe bei dem Ortsverbandskassierer und bei G. Riemeyer, Kaiser-Friedrich-Str. 18. — Gommersfeld (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeheim in Höhe von 75 Pf. bei dem Verbandskassierer Emil Franke, Bahnhofstr. 8, wochentags abends 6 1/2—9 1/2 Uhr. — Potsdam (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Ortsgeheim beim Kassierer ihres Ortsvereins.